

Frank-Holger Weber will CDU-Fraktionschef anzeigen

Unna. Unna beantragt beim Land eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes. Der Stadtrat hat eine Resolution verabschiedet, die einen „Fall Schmidt“, aber auch Fraktionsaustritte von Ratsmitgliedern ahnden soll.

Zwei Textentwürfe für eine Resolution lagen dem Stadtrat nun vor. Nach einer hitzigen Debatte entschied der Rat, beide als Forderung an die Landesregierung zu schicken. Nach einem Vorschlag der Unnaer SPD soll das Land dafür sorgen, dass Ratsmandate auch nachträglich entzogen werden können, wenn klar wird, dass sie regelwidrig erworben worden sind. Und nach einem Vorschlag der CDU soll das Land dafür sorgen, dass Ratsleute, die über einen Listenplatz ins Gremium eingezogen sind, ihr Mandat verlieren, wenn sie aus ihrer Fraktion austreten.

Was das Land damit anfängt, wird sich zeigen. In Unna war gerade der CDU-Vorschlag umstritten. Viel Kritik kam - natürlich - von Ratsmitgliedern, die selbst einmal einer Fraktion den Rücken zugekehrt hatten. Klaus Göldner, früher einmal selbst bei der CDU und dann Mitbegründer der Freien Liste, sieht den Vorschlag nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. „Es gibt keine Ratsmandate erster und zweiter Klasse, das über einen Listenplatz erworbene steht dem Direktmandat in nichts nach.“

Ingrid Kroll, ehemals SPD und nun Fraktionschefin bei Wir für Unna sagte: „Jeder hier hat sich verpflichtet, sein Mandat nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben, nicht nach dem Willen seiner Fraktion.“

Erbost äußerte sich im Nachgang der Sitzung auch der frühere CDU-Ratsherr und Vize-Bürgermeister Frank-Holger Weber gegenüber unserer Redaktion. Er

kündigte nun sogar eine Strafanzeige gegen CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich an.

Weber bezieht sich auf den fraktionsinternen Streit um die Besetzung des Geschäftsführungspostens in der WBU, der seinerzeit Anlass für seinen Austritt aus der CDU-Ratsfraktion war. Damals soll Fröhlich ihm vorgeworfen haben, selbst nach dem Posten zu greifen und dafür sogar mit der SPD zu paktieren. Weber empfand das als Verleumdung, beließ es aber seinerzeit dabei. Jetzt aber komme wieder Wut in ihm hoch: „Ich will auch nicht mit diesem Schmidt in einen Topf geworfen werden. Vor allem aber halte ich einen Automatismus, nach dem man sofort aus dem Rat rausgeworfen wird, für undemokratisch. Ich war ja damals nicht aus der CDU ausgetreten, sondern nur aus der Fraktion, weil ich mit deren Führung nicht mehr zusammenarbeiten konnte.“

Streit im Stadtrat gab es auch, weil Bürgermeister Dirk Wigant zwei Anträge von FLU und WfU zum Fall Meinolf Schmidt gar nicht erst zu Aussprache und Abstimmungen aufrief. Wigant begründete dies damit, dass er entsprechende Beschlüsse ohnehin beanstanden müsse, da eine Prüfung ihren Inhalt als rechtswidrig eingestuft habe. Göldner nannte dies „schovelig“, weil es Sache der Politik sei, das Risiko einer Beanstandung in Kauf zu nehmen. Die WfU-Fraktion verließ schließlich aus Protest die Sitzung: Schwarzgrün biege sich Sachverhalte mal wieder so zurecht, dass es ihnen passt, kritisierte Fraktionsmitglied Bärbel Risadelli.

Für die Bündnisgrünen hatte zuvor Fraktionschefin Claudia Keuchel die Frage aufgeworfen, wie sinnvoll eine Resolution ans Land sei. Es gebe ja auch andere Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen auf die Gesetzgebung des Landes, zum Beispiel über die eigenen Landtagsabgeordneten. Dem wiederum trat Klaus Göldner entgegen: „Im vorherigen Stadtrat hat die grüne Fraktion Resolutionen vorgelegt für dieses und jenes, für Klimaschutz und Weltfrieden“, sagte er. Da sei die Zurückhaltung nun doch erstaunlich. *ska.*



Frank-Holger Weber war einmal Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtrat, verließ sie aber nach einem Streit mit Rudolf Fröhlich. FOTO PRIVAT